

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1925**

362 (8.8.1925) Morgenausgabe



# Annahme der Steuergesetze und des Finanzausgleichs.

## Die 3. Lesung.

Berlin, 7. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Beratung bewegte sich in den üblichen Bahnen. Der Reichsfinanzminister mußte noch einmal eingreifen und auf die Situation aufmerksam machen, wie sie durch die Neuordnung des Finanzausgleichs entstanden sei. Unter Ablehnung verschiedener Änderungsanträge aus dem Lager der Opposition wurde dann in einfacher Gesamtstimmung das Einkommensteuergesetz mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen. Ebenso fand auch das Körperschaftsteuergesetz und das Vermögens- und Erbschaftsteuergesetz Billigung des Hauses, das dann in die dritte Lesung der Verkehrssteuer eintrat. Wider Erwarten ging noch die Umsatzsteuer statt durch. Es wurde sogar mit den Stimmen aus dem Zentrum ein sozialdemokratischer Antrag, diese Steuer auf 1 Prozent zu ermäßigen, abgelehnt. Allerdings ist die Frage der Umsatzsteuerermäßigung damit noch nicht endgültig gelöst. Es sollen nämlich neue Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien und der Regierung stattfinden. Auch soll sich die Regierung bereit erklärt haben, einem Initiativantrag, die Umsatzsteuer für alle Waren ab 1. Oktober auf 1 Prozent zu bemerken, keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen. Dieser Antrag soll jedoch erst nach der Erledigung der Zollvorlage zur Beschlussfassung gestellt werden.

Das Abstimmungsgeheiß, von nicht unerheblichen Pausen unterbrochen, die durch die Reden der Oppositionsvertreter ausgefüllt waren, ging langsam weiter. Das Reichsbewertungsgesetz, die Bier- und Tabaksteuer, die Verbrauchssteuer, das Gesetz über die gegenseitigen Besteuerungsrechte und schließlich der Finanzausgleich wurden nach und nach vom Reichstag angenommen. Damit war dann die Steuervorlage unter Dach und Fach und das Haus ging auseinander, um am Samstag in die zweite Lesung der Zollvorlage einzutreten.

Berlin, 7. Aug. (Funkspruch.) Nach der Kritik der Redner der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten legt sich

### Reichsfinanzminister v. Schlieben

mit den Vorwürfen des demokratischen Abg. Dr. Fischer auseinander. Zwischen der Lage des Reiches und der Linderung sei ein wesentlicher Unterschied, da das Reich die Reparationslasten habe, die Länder aber nicht. Der Minister verweist dann auf die schmerzlichen Kämpfe, die er geführt habe, um die Ausgaben herabzudrücken. Er habe dabei die Unterstützung der Reichstagsparteien nicht gefunden. In der Frage des Finanzausgleichs habe er nicht daran gedacht, sich mit den Ländern zu überwerfen. Die Lasten, die der Wirtschaft jetzt auferlegt würden, seien sehr schwer. Sie würden nur mit Mühe und Sorge getragen werden können.

Aber die Ursache dieser Lasten liege in dem verlorenen Kriege und in der Inflationszeit.

Beim Reich sei es schwerer als bei einem Privatbetrieb, die Ankosten zu verringern. Der Personalbedarf beim Reich mache z. B. 70 Prozent des gesamten Bedarfs bei den Verwaltungen aus. Das sei für das Reich eine Zwangsjacke. Der Minister bedauert die Vorwürfe, das Budgetrecht des Reichstages verlegt zu haben. Das werde er sich niemals zuschulden kommen lassen. Einen besonderen Sachverständigenausschuss für Steuerfragen hält der Minister für überflüssig.

Abg. Seiffert (Döfl.) hält eine weitere Diskussion für überflüssig, da die Regierungsparteien doch alle Anträge niederstimmten würden. In einem halben Jahre werde man aber an die Revision dieses Gesetzes herangehen müssen, wie Abg. Hergt jetzt schon an eine Revision des Aufwertungsgesetzes denke. (Erregter Widerspruch links.) Der Redner gibt dann eine Erklärung ab, in der er die Steuervorlage ablehnt.

### Museinwanderung zwischen Zentrum und Sozialdemokraten.

Abg. Brünning (Ztr.) rechtfertigt die Haltung der Regierungsparteien, besonders des Zentrums. Der Redner wendet sich dann zu den Sozialdemokraten und erklärt, das Zentrum habe sich zurückgehalten mit Rücksicht auf die zukünftige Entwicklung. Wenn aber die Sozialdemokraten darauf so wenig Rücksicht nähmen, dann werde seine Fraktion die Kon-

sequenzen daraus ziehen müssen. Die Zentrumsfraktion habe kein Verständnis dafür, daß die Vertreter der Sozialdemokratie im Steuerausgleich das Zentrum in härtester Weise angegriffen hätten.

(Hört, hört, rechts!) Der Wille zur Verständigung mit der Linken sei beim Zentrum vorhanden. Es habe sich immer bemüht, auch die Linke wieder zur Verantwortung mit heranzuziehen. Wenn man aber daran denke, daß das Zentrum mit Sozialdemokraten und Demokraten allein die Steuern ändern sollte, so überlaufe einem ein Grauen. Vergebliche Liebesmühe sei der Versuch der Sozialdemokraten, die christlichen Arbeiter vom Zentrum abzuwerben. Der Redner verweist auf eine Erklärung seiner Partei, wonach in der Frage der Besteuerung des Postens des Ministers für die besetzten Gebiete keinerlei Entscheidung vorliege. Die Hauszinssteuer werde in Preußen, wo die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß habe, in besonders unsozialer Weise erhoben. Das Zentrum halte an seinem alten Grundsatze fest, daß allen großen politischen Parteien die Möglichkeit gegeben werden müsse, an der Regierungsverantwortung teilzunehmen. Die sozialdemokratischen Angriffe gegen das Zentrum seien außerordentlich auffallend gewesen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Hergt (Soz.) beirätet, eine besondere Abfertigung der Bekämpfung des Zentrums gehabt zu haben. Er habe das Zentrum nur warnen wollen (!), allzuweit den Weg nach rechts zu gehen.

Abg. Koenen (Komm.) streitet dem Zentrum das Recht ab, sich soziale Partei zu nennen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die

### Einzelberatung der Steuervorlagen.

Bei der Einkommensteuer wird der steuerfreie Verdückerungsbeitrag bei Gewerbebetrieben von 25 000 auf 10 000 M nach einem Antrag Forstner (Bay. Vp.) herabgesetzt. Sozialdemokratische und kommunistische Anträge auf Änderung der Steuerart und auf Erhöhung der steuerfreien Abzüge werden abgelehnt.

Auf Antrag von Frau Dr. Behm (Dnt.) wird mit Unterstützung sämtlicher Parteien außer den Kommunisten der Finanzminister ermächtigt, Bestimmungen darüber zu treffen, inwieweit bei den Heimarbeitern, deren Arbeitslohn die Freigrenze nicht übersteigt, der Steuerabzug vom Arbeitslohn zu unterbleiben darf. Ein Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wird mit 237 gegen 177 Stimmen abgelehnt. In der Schlussabstimmung wird dann das Einkommensteuergesetz in 3. Lesung gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten endgültig angenommen.

Es folgt die 3. Beratung der Körperschaftsteuer. Das Körperschaftsteuergesetz wird in 3. Lesung angenommen, ebenso das Vermögens- und Erbschaftsteuergesetz, sowie das Reichsbewertungsgesetz, das letztere mit 361 gegen 54 Stimmen. Es folgt die 3. Lesung des Verkehrssteuergesetzes und des Verfahrens.

Die Umsatzsteuer beträgt nach den Beschlüssen der 2. Lesung 1 1/2%. Von sozialdemokratischer Seite wird Steuerfreiheit für Lebensmittel und für Genossenschaften beantragt.

Eine Entschließung Dr. Gerede (Dnt.) ersucht die Reichsregierung, erneut in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob nicht unter Befreiung der bisher dagegen erhobenen Bedenken die an sich notwendige Befreiung oder entsprechende Entlastung der Handelsvertreter und Agenten von der Umsatzsteuer durchgeführt werden kann.

Abg. Dr. Brodau (Dem.) bezeichnet diesen Antrag als einen Versuch der Täuschung der Öffentlichkeit.

Staatssekretär Poppi bezeichnet die Behauptung, daß 40% der Umsatzsteuer hinterzogen würden, als eine Legende, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehre.

Der sozialdemokratische Antrag auf Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer wird mit 253 gegen 155 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, die Höhe der Umsatzsteuer vom 1. Oktober ab auf 1 Prozent festzusetzen, wird abgelehnt. Es bleibt also bei 1 1/2 Prozent. Die Entschließung Dr. Gerede (Dnt.) über die Handelsagenten wird angenommen, und dann die 3. Lesung des Gesetzes über die Verkehrssteuern.

Es folgt die 3. Lesung der Bier- und Tabaksteuer.

Abg. Lang (N.D.) gibt im Namen der in Bayern gewählten Abgeordneten der Regierungsparteien die Erklärung ab, daß

Württemberg, Bayern und Baden hinsichtlich der Ueberweisung aus den Erträgen der Reichsbiersteuer bestimmte Rechte erlangt hätten.

Durch ihre Zustimmung zu der sonstigen Verkehrssteuervorlage wollten die bayerischen Abgeordneten keines ihrer Rechte preisgeben, welche mehr sollten alle diese Rechte und Ansprüche den genannten Bundesländern vorbehalten bleiben.

Die Bier- und Tabaksteuer wird dann in 3. Lesung angenommen. Eine württembergische Entschließung, die Einfuhr von Bier zu verbieten, wird abgelehnt. Auch die Verbrauchssteuer wird in dritter Lesung angenommen.

Einem Antrag des Zentrums entsprechend wird eine Kontrollbestimmung der Branntwein-Monopol-Bewertung angenommen, ebenso in dritter Lesung das Gesetz über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und Gemeinden.

Es folgt in dritter Lesung die

### Beratung des Finanzausgleichsgesetzes.

Abg. Reil (Soz.) stimmt dem neuen Kompromiß zum Finanzausgleich zu, lehnt das Gesetz aber als Ganzes wegen der darin enthaltenen Hauszinssteuer ab.

Abg. Lepinski (Soz.) bekämpft die Hauszinssteuer. Nach einem Antrage des Abg. Tremmel (Z.) sollen die Länder aus dem für den Wohnungsbau bestimmten Teil der Hauszinssteuer Darlehen an unbemittelte, kinderreiche Familien und an Schwerkrankenbesitzende, insbesondere auch an Kriegsblinde bis zur vollen Höhe der Baukosten gewähren.

Abg. Reil (Soz.) gibt eine Erklärung ab, wonach seine Fraktion an dem Grundsatze festhält, daß der kulturelle, wirtschaftliche und politische Wiederaufbau des deutschen Volkslebens und Staatslebens auf politischer Basis erfolgen müsse, aber ohne ein den nur auf föderativer Grundlage erfolgten wäre auf die Dauer weder stimmtes Maß von eigener Finanzhoheit wäre auf die Dauer weder ein eignes staatliches Leben zum Besten der Gesamtheit des deutschen Volkes, noch eine staatliche Verantwortung gegenüber dem Reich möglich. Dieser Notwendigkeiten habe die jetzige Regelung nicht Rechnung getragen. Die bayerische Volkspartei stimme aber dem Finanzausgleich im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft und mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung unserer Währung zu, weil es sich um ein Zwischenstadium handele. Sie erwarte aber, daß bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleichs ihren Bedenken Rechnung getragen werde.

Abg. Fehr (N.D.) gibt im Namen des bayerischen Bauernbundes und der Deutsch-Hannoveraner eine ähnliche Erklärung ab.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Der Finanzausgleich wird mit großer Mehrheit gegen die Kommunisten angenommen, ebenso die Hauszinssteuer mit den Stimmen der Regierungsparteien. Für die Hauszinssteuer stimmen 225 Abgeordnete, dagegen 173, während sich 6 Abgeordnete der Stimme enthalten. Dank wird der Antrag Tremmel (Zentr.) angenommen.

Damit ist

die dritte Lesung sämtlicher Steuergesetze erledigt.

Reichsminister Dr. Lutzler beglückwünscht den Reichsfinanzminister.

Das Haus vertagt sich am Samstag 10 Uhr vormittags, am 9. August 1925.

Schluß gegen 10 Uhr.

Berlin, 7. August. (Funkspruch.) Die gestrige Meldung des

Telegraphen-Union über die Entschließung des Reichstages zur Ergänzung der Reichstags- und Kommunisten zugunsten der Reichstags-Entschließung abgelehnt wurden, daß aber die Reichstags-Entschließung von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten angenommen wurde.

Berlin, 7. August. (Funkspruch.) Die griechischen Parlamentarier werden sich heute auf den 16. November vertagen.

## Tages-Anzeiger.

(Anderes Heft im Folgentext.)

Operette im Konzerthaus: Gräfin Mariza, 8 1/2 Uhr.

Stadtkonzert: Konzert der Volkstheater, 8 1/2-6 Uhr.

Karlsruher Abendkonzert: Sommerabend im Rudershaus, 8 1/2 Uhr.

G. G. Phönix: Monatsversammlung im Stadion, 8 Uhr.

Frantonia-Sportplatz: G. G. B. gegen Frantonia, 6 Uhr.

G. G. Frantonia: Fußballspiel mit Ball in der Eintracht, 4 1/2 Uhr.

G. G. Mühlburg: Monatsversammlung im Klubhaus, 7 1/2 Uhr.

Wiener Hof: Tanzabend, 8 Uhr.

Mozart-Kinderkonzert: Täglich abends 8 Uhr Kabarettvorstellung.

West. Westhalla: Große Revue „Tati-Tati“, 8 Uhr.

Grüner Baum: Täglich Konzert im Kaffee und Erdbeerkaffee.

Union-Theater: Der Mann ohne Namen.

Palast-Theater: Die Königin der Champagne; Die und Die.

## Der Spieltrieb des Menschen als Urheber künstlerischer Gestaltung.

### Eine psychologische Erklärung der „Phantasie“.

In den Erörterungen über den Ursprung der Kunst, die von Philosophen, Kunsthistorikern, Psychoanalytikern und Psychologen angestellt werden, wird nur allzu häufig der Spieltrieb im Menschen übersehen, obwohl dieser doch in der Form des Betätigungsdranges eine der wesentlichsten Entscheidungsursachen aller künstlerischen Gestaltung darstellt. Spiel in der Form des Betätigungsdranges: das heißt, eine Betätigung, die zwar nach Regeln verläuft, aber keinen praktischen Zweck erfüllt, außer den der „Unterhaltung“, den „Zeitvertreib“ oder genauer den „Aufgewinn“, der darin liegt. Diese Feststellung ist notwendig, um den Gegensatz zu jenem Spiel zu betonen, das sich seinen Zweck selbst, sondern sich selbst genug ist und das dadurch schon aus unserer Betrachtung ausscheidet.

Das Spiel im Sinne der zweckfreien, geregelten Betätigung ist ein spezifisches Merkmal des kindlichen Lebens. Es verwindet mehr und mehr aus den Gewohnheiten des erwachsenen Menschen, da dessen Handeln ja durch Zielvorstellungen bestimmt ist. Und trotzdem — die spielerische Haltung, auch des Erwachsenen, spielt bei Gestaltungsprozessen aller und namentlich künstlerischer Art weiterhin eine wesentliche, meistens allerdings unbeachtete Rolle. Glänzende Beispiele dieser Art führt der Nervenarzt Dr. phil. et med. Hans Prinzhorn in einem Einleitungskapitel zu seinem Buch „Bildnerei der Geisteskranken“ (Verlag von Julius Springer) an und beweist damit, daß eine derartige spielerische, zweckfreie Betätigung in enger Beziehung zu den Grundproblemen der Gestaltung stehen kann. Aus dem Bereich spielerischer Betätigung, so führt er aus, kennt jedermann einige einfache Arten des Formens, zum Beispiel das Kritzeln aus Langeweile, beim Anhören von Vorträgen, in Sitzungen und in jedem Zustand von Ermüdung, von nachlassender Aktivität und Aufmerksamkeit. Doch ist dieses Kritzeln nicht etwa auf diesen Zustand des erschöpften Lebensgefühls beschränkt, sondern auch die erregte Spannung, die sich ablenken möchte, führt dazu. Die Kritzeleien auf Telephonblöden sind wohl mehr hierher zu rechnen. Das Wesen dieser Produkte liegt darin, daß Zielvorstellungen, sei es rationaler, sei es formaler Art, völlig fehlen. Dennoch ist die Bewegung der Hand nicht ganz automatisch, jeder Führung entrikt, sondern nur der einzelne Strich entspringt einem blinden Impulse, während die Verbindung der Einzelheiten von dem noch so nachlässig überwachenden Urheber gelenkt wird.

Das Besondere der Wände, das Kinder und auch Erwachsene zum Ueberordnungsbewußten Mitmenschen so gern vollführen, entspringt ebenfalls in der Hauptsache einem spielerischen Betätigungsdrange. Was an bestimmten Vorstellungen dabei mitgerissen wird, sei es durch Mitwirkung, sei es durch affektiv betonte Erlebnisse, ist wohl sekundär. Ueber das spielerische Zeichnen der Kinder weiß man im allgemeinen verhältnismäßig wenig, da die Erwachsenen erst aufpassen müssen, wenn das Kind, gewiß unter ihrer Suggestion,

seine Kritzeleien als reale Objekte deutet. Vermeidet man jeglichen Einfluß in dieser Richtung, so zeichnet das Kind bis über vier Jahre hinaus, rein aus Betätigungsdrang, ohne etwas damit zu meinen. Das Prototypen ist aus dem täglichen Leben wohl jedermann bekannt: es handelt sich um jenes achtslose Spielen mit Brotkrumen während des Essens, wobei zunächst, ohne bewußte Leitung des Vorganges, allerlei kleine Figuren entstehen, die dann gebildet und weiter geformt werden. Von den spielerischen Betätigungen der Naturvölker ist vor allem ein Vorgang ziemlich einwandfrei beschrieben: Ein Teil der südamerikanischen Felszeichnungen findet sich an Stromschnellen, wo die Bootsfahrer zu rasten pflegen. Diese „Zeichnungen“ bestehen eigentlich aus Ritzeln, die ziemlich tief in den Felsen getraff sind, und teils geometrische Figuren, teils menschliche Gestalten nach Art von Streichholzmannchen darstellen. Man fand nun, daß der Ausgangspunkt solcher Zeichnungen jene Rille war, die das Seil, das zum Herausziehen des Bootes diente, in den Felsen gerieben hatte.

Gemeinsam ist diesen verschiedenartigen bildnerischen Betätigungen, daß weder ein praktischer Zweck noch ein Sinn darin primär enthalten ist. In Wirklichkeit mißt sich jedoch lediglich eine andere Tendenz der spielerischen Kritzeleien bei: jede noch so unbestimmte und von Abstraktionscharakter freie Form fordert zur Deutung heraus. Sehr einleuchtend erscheint der Deutungsdrang bei dem letzten Beispiel, den Felsritzungen an Stromschnellen, wo eben die bei praktischen Bemühungen entstandene Kurve als Teil einer Figur gebildet und ergänzt wird. Aber der Geltungsbereich solcher spielerischen Ausdeutens schließt sich auch an die Wahrnehmung ruhender Außenwelt an. So enthält jedes ethnologische Museum einige Exemplare jener vielfach gemusterten Wurzelknollen, aus denen, durch oft nur geringfügige Bearbeitung mit dem Schmirgelmesser, äußerst groteske Menschen- und Tiergestalten geworden sind: ein ganzer volkstümlicher Kunstzweig entwickelte sich auf diese Weise in China.

Weniger „naturgegeben“ ist eine andere Gruppe von Gesichtseindrücken, die uns zum Hineinsehen von Gesichtern und Gestalten anzuregen pflegt, zumal wenn eine unbestimmte Beleuchtung die nächsten objektive Auffassung der Situation erschwert. Daß Kinder in den Spielereien an ihrem Teller alles mögliche Gesicht erblicken, und nicht minder an jedem Holzstück eine aussehende reale Grundlage für Pferd und Kuppe finden, mit denen sie eben zu spielen gedenken, ist bekannt. Und was aus Tapetenmustern vor dem Einschlafen oder gar im Fieber werden kann, weiß mancher aus Erfahrung.

Die Beziehungen aller derartigen freien Formspiele zu dem Gestaltungsorgan im Bereich der großen Kunst sind viel enger, als es zunächst scheinen mag. Leonardo da Vinci spricht von einer neu gefundenen Art des Schauens, die darin besteht, „daß du auf manche Mauern hinsehest, die mit allerlei Figuren besetzt sind oder auf Gestein von verschiedenem Gemisch — wenn du sie recht betrachtest, wirst du sehr wunderbare Erfindungen in ihnen entdecken — Kompositionen von Schlangen, von Tieren und Menschen, unsägliche Dinge, die du in vollkommene Form bringen kannst.“

In den pädagogischen Bemühungen der Maler, die sich über die Grundlagen ihrer Kunst Gedanken machen, tauchen solche Probleme

immer wieder auf. Am folgerichtigsten bei Adolf Hölzel, für den es eine Entwicklungsphase gab, in der er konsequent erprobte, was aus zweckfreier Betätigung und nachfolgendem Ausdeuten entstehen kann. Wenn man mit abgewandtem Blick auf einem Blatt Papier die ganz sichtbare Kritzeleien ausführt und dabei möglichst die ganze Fläche mit einem feinsten Netz von verschieden starken und verschieden ausladenden Kurven bedeckt, nunmehr erst hinblickend sich zu trennen, einer Komposition, sei es Figur oder Landschaft, anzuregen föhnt diese Komposition durch einige hineingelegte Rauturen dem Betrachter macht, so entsteht eine Zeichnung, die, weit mehr als eine aus Details zusammengesetzte ähnliche Skizze den Charakter des einseitigen Bildwerkes trägt. Die Gestaltungscomponente, die in solchen Zeichnungen sojagieren in Reinkultur geübt wird, ist bei der verschiedenartigen Produktionsweise der Künstler durcheinander, wenn auch in sehr verschiedenem Grade. So zwingt etwa die Aquarellmalerei auch in sehr verschiedenem Grade, daß man sich nicht auf ein einziges Gesicht, bei der die Farben ständig noch ineinanderfließen, von einem fließenden Nuancen auszunutzen, und gibt dabei Gelegenheit, eine unerwartet eintretende günstige Konstellation so stehen zu lassen, wie sie entstehen ist, vielleicht gar das ganze Bild auf dieses Zufallsdetail hinabzuführen.

Man weiß von Michelangelo, daß er sich von einem Marmorblock anregen ließ, eine Figur hineinzudeuten, und man findet diese Entdeckungsgeschichte bei zahlreichen anderen Plastiken belegt. So ist noch in frischer Erinnerung, wie bei der Diskussion über jene Marmorgruppe Max Klinger's, die er „Das Drama“ nannte, seinem Zweck das gegebene Blockes hineinzudeuten, ohne doch seinen vollen Gewicht nach gewertet zu werden. Denn zweifellos führt in jedem Falle die unheimliche Wirkung des Wertes daher, daß der Künstler in seinem Block einzelne Gestalten von verschiedenen Seiten hineingezeichnet hat, ohne eine anschauliche Gruppenheit zu erreichen.

Das Gemeinsame aller angeführten Beispiele liegt darin, daß naturgegebene oder spielerisch entstandene Formen nicht als das Kommen werden, was sie einer exakten, naturwissenschaftlichen Beschreibung sind, sondern daß der Betrachter, der vielfach zugleich Künstler ist, Formen aus seinem Vorstellungsvermögen hineinzudeuten wird angeregt, solche latenten Formvorstellungen in sich selbst zu bilden und zu lassen und diese Anregungen von Seiten der unheimlichen Formgegebenheiten können sich je nach der Anregbarkeit des Betrachters zu Forderungen steigern. Dieser psychologische Tatsachensatz wird gemäß der „Phantasie“ ausgedrückt. Wie wir gesehen haben, läßt sich dieser vage Begriff völlig vermeiden, dadurch, daß man die Beziehungen der „Phantasie“ zu jenem einfachen Intellektuellen Betätigungsdrange aufdeckt, der in irgendeiner Art bei jedem Menschen wirksam ist, sofern er irgendetwas gestaltet.

Ein neuer Homer-Papyrus. In den Umhüllungen der Papyri von Ghora in Fajum sind von den französischen Ausgrabern die Stücke eines neuen Papyrus gefunden worden: die Teile des 9. und 10. Gesanges der Odyssee enthalten und aus dem 3. Gesange der Iliade stammen. Sie weisen im Text von der 3. Auflage der alexandrinischen Gelehrten ab, und bieten wichtige Inhaltspunkte der Methode, durch die der Somerlegt hergestellt wurde.

Badischer Städtebund.

Das Steuererteilungsgesetz. — Die Aufnahme einer Auslandsanleihe.

Der weitere Ausschuss des Badischen Städtebundes hat in seiner Sitzung vom 30. Juli zu dem dem Landtag vorliegenden Entwurf eines Steuererteilungsgesetzes dahin Stellung genommen, dass die Neuregelung erst mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 ab in Kraft treten soll, weil auch der Reichsfinanzausgleich erst mit Wirkung von diesem Tage geändert wird und bei einer Rückwirkung auf 1. April 1925, wie sie der Entwurf vorseht, die Haushaltspläne vollständig in Unordnung gebracht würden; dass ferner das Anteilsverhältnis zwischen Land und Gemeinden auf 60% zu 40% (statt 65% zu 35% des Entwurfes) festgesetzt wird und die Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer wie bisher mit 60% bestehen bleibt. Die Unterverteilung des Gesamtgemeindeanteils auf die einzelnen Gemeinden soll so erfolgen, dass der Gemeindeanteil zur Hälfte nach dem Rechnungsergebnis des Jahres 1922, zur anderen Hälfte nach dem bisherigen Verteilungsmaßstab errechnet wird. Der Ausschuss glaubt auf diese Weise die Härten ausgleichen zu können, die nach der bisherigen Berechnung vorhanden waren, aber auch eintreten würden, wenn lediglich die Rechnungsanteile des Jahres 1922 zu Grunde gelegt werden. Wenn daneben auch die Bevölkerungszahl für die Berechnung des einzelnen Gemeindeanteils mit herangezogen werden soll, so muss die neueste Volkszählung zu Grunde gelegt werden. Entsprechende Anträge sind dem Landtag unterbreitet worden.

Wenn die von der badischen Girozentrale geführten Verhandlungen wegen Aufnahme einer Auslandsanleihe zum Ziele führen, muss nachdrücklich verlangt werden, dass die Richtlinien für die Beteiligung der Städte an dieser Anleihe so gestellt werden, dass auch die kleineren Städte teilnehmen können. Die endgültige Stellungnahme über die Einführung einer Ruheordnung für die Arbeiter in den Städten wird nach eingehender Erörterung der Angelegenheit auf eine spätere Sitzung vertagt. Es sind noch Erhebungen bei den einzelnen Städten zu machen. Nebenfalls ist einheimisches Vorgehen erwünscht. Es wird den Städten empfohlen, bei Verkauf von Ruhe- und Brennholz aus den städtischen Waldungen die Bedingungen zu Grunde zu legen, die der Waldbehördenverband aufgestellt hat. Daneben kann natürlich auch Bürgerhaft verlangt werden.

Eisenbahnverkehr am Verfassungstag.

Am Verfassungstag, Dienstag, 11. August, verkehren die Personenzüge in Baden im allgemeinen wie an Sonn- und Feiertagen.

Folgende Verkehrsregeln werden am 11. August mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse ausnahmsweise getroffen: Lauda ab 5.45 vorm. nach Würzburg, Sinsheim ab 5.10 vorm. nach Jagfeld, Jagfeld ab 5.37 nach. nach Sinsheim, Sedach ab 9.25 vorm. nach Wiltberg, Wiltberg ab 9.54 nach. nach Sedach, Jagheim ab 4.15 nach. nach Waldbrunn, Bruchsal ab 6.08 vorm. nach Mühlacker, Eppingen ab 4.36 vorm. nach Breiten (Karlsruhe), Krauchenwies ab 6.32 vorm. nach Sigmaringen, Sigmaringen ab 7.20 vorm. nach Krauchenwies, Mengen ab 10.50 vorm. und 2.22 nach. nach Krauchenwies, Krauchenwies ab 12.19 und 4.40 nach. nach Mengen, Pfullendorf ab 9.53 und 11.25 vorm. nach Schwandreute, Schwandreute ab 10.32 vorm. und 1.06 nach. nach Pfullendorf, Pfullendorf ab 4.29 vorm. nach Singen, Singen ab 5.06 vorm. nach Schaffhausen weiter bis Basel im Sonntagsfahrplan, Singen ab 5.50 vorm. nach Schaffhausen, Friedrichshafen ab 4.50 nach. nach Martdorf, Martdorf ab 5.29 nach. nach Friedrichshafen.

Nachfolgende Sonn- und Feiertagszüge werden am 11. August nicht geführt: Würzburg ab 11.13 nach. nach Lauda, Hardsheim ab 2.22 nach. nach Waldbrunn, Offenburg ab 11.35 vorm. nach Detigheim, Detigheim ab 6.50 nach. nach Offenburg, Karlsruhe ab 12.25 nach. nach Detigheim, Detigheim ab 6.40 nach. nach Karlsruhe, Mühlacker ab 6.40 nach. nach Wiltberg, Wiltberg ab 7.09 nach. nach Stuttgart, Singen ab 5.21 vorm. nach Schaffhausen, Pfullendorf ab 11.50 vorm. nach Schwandreute, Schwandreute ab 1.01 nach. nach Pfullendorf. Auf dem Bodensee verkehren die Schiffsstufen 11, Konstanz ab 1.20 nach. nach Ueberlingen (Ludwigsstufen) und 12, Ludwigsstufen ab 6.00 nach. nach Konstanz wie an Sonn- und Feiertagen. Im übrigen verkehren die Schiffe am 11. August nach dem Verkehrsplan.

Kreditnot und Kredithilfe in der Landwirtschaft.

Da die Kreditnot in der Landwirtschaft zur Zeit wohl die vorbrünstigste Schwierigkeit darstellt, ist die Badische Landwirtschaftskammer erneut an die Badische Regierung mit der Bitte herangetreten, mit künftiger Bewilligung circa 50 Millionen Mk. auf mindestens 3 Jahre fest zu einem erträglichen Zinssfuß bereitzustellen. Der Landwirtschaft muss in großzügiger Kredithilfe unter die Arme gegriffen werden, soll deren Produktionskraft nicht in einer für die ganze Volkswirtschaft äußerst schädlichen Weise zurückgehen.

Bruchsal, 7. August. (Zum Leichenfund in der Saalbach.)

Bei dem Leichenfund in der Saalbach, wo, wie gemeldet, der Heizer Dold aus Breiten den Tod gefunden hat, handelt es sich noch immer um einen rätselhaften Fall. War zuerst die Frage offen, ob es sich um Selbstmord oder um einen Unglücksfall in bezugtem Zustande handelt, so taucht jetzt die Version auf, daß Dold einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein könnte, zumal die Leiche weder die geringsten Kleidungsstücke aufwies noch solche trotz eifrigsten Suchens in der ganzen Umgebung der Fundstätte ermittelt werden konnten. Die Gendarmerie ist eifrig tätig, den Fall aufzuklären.

Rat, 6. Aug. Die Investitur des neuen Pfarrers Müller am Sonntag ging unter Anteilnahme der ganzen Bevölkerung vor sich. Schon an dem feierlichen Hochamt beteiligten sich sämtliche Vereine. Mittags war ein Festessen im Pfarrhaus, zu dem der Bürgermeister, die Gemeinde- und Stiftungsräte sowie die verschiedenen Vereinsvorstände erschienen waren. Bei der weltlichen Feier am Nachmittag wurden Gesangsproben gegeben, Ansprachen gehalten, die von den überaus zahlreichen Zuhörern mit Beifall aufgenommen wurden.

Heidelberg, 7. Aug. (Schloßbeleuchtung.) Wie uns das Kreisrautenunfeste angeht, findet die aus Anlaß des Badischen Sonntags, den 9. August abends 9.30 Uhr statt. Aus Turn- und über 5000 Teilnehmer erwartet, mit Sonderzügen werden Wagen fährt, haben wir mit einem Verkehrs-Großfahrplan erster Ordnung zu rechnen.

Heidelberg, 7. Aug. (Erdbeben.) Der Seismograph der Landesierntarnte registrierte heute morgen ein Erdbeben mit einer Herdenfernung von 2100 Kilometer. Der erste Einschlag erfolgte 7.31 Uhr 9 Sek., die langen Wellen kamen 7.57 Uhr 17 Sek., das Maximum fiel auf 7.57 Uhr 52 Sek. und die Bewegung erlosch ungefähr 8.15 Uhr.

Stienheim, 7. Aug. (Ein viel gesuchtes Gauerpaar.) Das Gauerpaar, der angebliche Dr. Max Rippert und Frau, das seiner-

Vertagung des Badischen Landtags bis zum Herbst.

Annahme des Finanzgesetzes: Ungedeckter Fehlbetrag 7 510 610 Mark.

Um 17 Uhr begann dann am Freitag die Abend Sitzung des Badischen Landtags, nachdem der Haushaltsauschuss seine Beratungen beendet hatte. Das Haus war anfangs ziemlich gut besetzt. Unter den Eingängen befand sich eine Bereitwilligkeitserklärung des Finanzministers, die Anfrage des Abgeordneten D. Mayer-Karlstraße über den Hagenstiehl-Prozess zu beantworten. Zunächst erstattete der Zentrumsabgeordnete Engelhardt den Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung, Kanäle und Bücher über die Nachweisungen über die Erledigung der vom Landtag 1922/23 und 1923/24 zu Protokoll niedergelegten Wünsche und Anträge. Das Haus nahm davon Kenntnis, worauf der sozialdemokratische Abgeordnete Horter im Namen des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden über die Nachweisungen über die Erledigung der während des Landtags 1923/24 der Regierung überwiesenen Gesuche und Beschwerden berichtete. Es handelt sich um 71 Gesuche und Beschwerden. Zu Beantwortungen bestand kein Anlaß. Das Plenum war damit einverstanden, daß die Erledigung für unbeanstandet erklärt wird.

Nun gings an die Beantwortung der Deutschnationalen Förmlichen Anfrage über den Hagenstiehl-Prozess. Ministerialdirektor Dr. Sammet vom Finanzministerium erklärte, bei der eingehenden Untersuchung über die Geschäftsführung der Badischen Siedlungs- und Landbank bestche kein Anlaß, anzunehmen, daß irgendein strafrechtlicher Gesichtspunkt nicht beachtet worden sei. Uebrigens sei gegen das Urteil Berufung eingelegt worden, das Verfahren schwebt also noch. Sollten sich bei der weiteren Verhandlung strafbare Handlungen ergeben, so werde die Staatsanwaltschaft die näheren Ermittlungen anstellen. Dr. Sammet schloß mit dem Satz: „Schließlich möchte ich noch feststellen, daß vor einem Jahre am Freitag, den 8. August 1924, nachts 11 Uhr, eine Anfrage der gleichen Fraktion über den gleichen Gegenstand beantwortet worden ist.“ (Große Heiterkeit.) Der Präsident teilte hierauf mit, daß keine Wortmeldungen zur Begründung der Anfrage vorliegen. Es gab sehr erkaunte und lebhaft „Hört!-Hört!“-Rufe und abermals große Heiterkeit. Seubert rief: „Wo bleiben die Deutschnationalen?“ Da kein Antrag zur Besprechung der Anfrage gestellt wurde, erklärte Präsident Dr. Baumgartner die Aussprache für beendet, was erneut große Heiterkeit verursachte. Dr. Schäfer rief: „Der Saustall läuft offenbar nicht länger mehr umeinander!“ Als dann der Landtagsabgeordnete Fischer-Meisenheim anhub, seine förmliche Anfrage über die Ungültigkeitserklärung des badischen Jagdpachtgesetzes vom 18. Dezember 1924 durch das Oberlandesgericht Karlsruhe zu begründen, erschienen drei Mitglieder der Deutschnationalen Fraktion, denen das Haus einen sehr herzlichen Empfang bereite. Regierungsrat Schilly legte in seiner Antwort die geschlichen Bestimmungen dar. Hierauf begründete der Landtagsabgeordnete Gehard seine förmliche Anfrage über die Zollvorlage im Reichsrat. Die badische Regierung habe im Reichsrat wiederholt eine Haltung eingenommen, die auf die Notlage der badischen Landwirtschaft keine Rücksicht nehme. Ohne Getreidezölle könne die deutsche Landwirtschaft nicht existieren. Minister Remele antwortete, die badische Regierung habe sich nicht gegen die Getreidezölle ausgesprochen, halte aber die für den 1. August 1926 vorgezeichneten Sätze für zu hoch. Die badische Regierung habe sich für den Schutz der badischen Landwirtschaft durch die Einführung von Zöllen ausgesprochen, könne aber vorläufig, bis die Angelegenheit ganz geklärt sei, den Mindestzöllen nicht zustimmen. Die badische Regierung habe einen Standpunkt vertreten, der die Billigung der badischen Landwirtschaft finden könne. Gehard erwiderte hierauf, mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage verzichte er auf eine Aussprache, obwohl er sehr viel zu sagen hätte.

Die Wortmeldung bewilligte hierauf das Haus die in der Zeit zwischen der letzten Sitzung des Landtags 1923/24 und dem Zusammentritt des Landtags 1924/25 (d. i. vom 8. August bis 7. November 1924) erteilten Administrationskredite und erledigte 22 Gesuche. Dann wurde vom II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1924 und 1925 Hauptabteilung VIII: Finanzministerium Titel „Steuerverwaltung“ samt Anträgen und Gesuchen beraten; ein Teil von ihnen wird aber erst auf der Herbsttagung des Landtags im Oktober erledigt werden. Seubert berichtete darüber im Namen des Haushaltsauschusses, der folgenden Antrag stellte: Der Landtag wolle Ausgabe-Titel II Steuerverwaltung mit folgenden Änderungen genehmigen:

Als § 1 ist einzufügen: Ueberweisung aus dem Ertrag der außerordentlichen Steuer von den bebauten Grundstücken (Gebäudesteuer) an die Staatsschuldverwaltung . . . 950 000 RM.

Zeit verhaftet und im hiesigen Amtsgefängnis untergebracht worden war, (es handelt sich um den Zahntechniker Ernst Peter Schmidt von Warburg und die Verkäuferin Marie Auguste Figg von Durlach) wird wegen Betrugs, Diebstählen und Unterschlagungen, die es verübte, von 41 Behörden aus ganz Deutschland gesucht.

Engen, 6. Aug. (Gewitterschäden.) Die Hagelwetter, die in den letzten Tagen des Monats Juli über das Randengebiet hinweggezogen sind, haben, wie man erst jetzt übersehen kann, ganz beträchtlichen Schaden angerichtet. Vor allem sind es die Gemeinden des Bezirks Engen, wie Schlatta, R. Wies, A. R. und das benachbarte Schwyz, welche am härtesten betroffen sind. Auch benachbarte Gemeinden des Kantons Schaffhausen haben schwer unter dem Unwetter gelitten. Ueberall sind die Landwirte beschäftigt, ihre Dächer auszubessern und neue Ziegel einzulegen. Wenn auch ein großer Teil der Ernte bis zu 90 Proz. gegen Hagel versichert war, so sind doch noch viele darunter, welche überhaupt keine Versicherung abgeschlossen hatten. Das letzte Hagelwetter soll das fürchterliche gewesen sein, was seit Menschengedenken über die hiesige Gegend niedergegangen ist. Von Seiten der Badischen landwirtschaftlichen Vereine ist eine Unternehmungsaktion für die Betroffenen des Hagelgebietes, etwa 800 Familien, unternommen worden.

Konstanz, 7. August. (Schöffengericht.) Wegen Urkundenfälschung und Betrug wurde der verheiratete 38jährige Kaufmann Theo Schläpfer in Klotterwald zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Schläpfer hatte drei von ihm selbst unterschriebene auf den Namen seines Vaters lautende Bürgerschaftsurkunden der Sparkasse Wehrich übergeben und darauf 500 und zweimal je 300 Mark erhoben. — Wegen Landfriedensbruch wurde der 23jährige Schleifer Leo Dilger von Furtwangen, den er am 6. Dezember 1923 mit anderen Angehörigen in Willingen begangen hatte, zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der 26jährige Dienstknecht Johann Köhler in Bin-

Bei § 5 B Anteil der Gemeinden an der Ueberweisung aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer für 1925 statt 2 005 250 zu legen . . . 2 155 250 RM. in den Erläuterungen hiezu statt 100 000 . . . 250 000 RM. die Summe zu B statt 2 005 250 . . . 2 150 250 RM. Summe Titel II statt 15 751 850 zu legen . . . 16 851 850 RM. In der Zusammenstellung der Ausgaben Summe Titel II statt 15 751 850 zu legen . . . 16 851 850 RM. Die Summe der Zusammenstellung statt 25 180 850 zu legen . . . 26 280 850 RM.

Einnahme Titel I als § 9 einzufügen: Außerordentliche Steuer von den bebauten Grundstücken (Gebäudesteuer) Mehreinnahme jährl. die Summe Titel II statt 34 107 900 zu legen . . . 34 807 900 RM. In der Zusammenstellung Summe Titel I Steuerverwaltung statt 34 107 900 zu legen . . . 34 807 900 RM. Summe der Einnahme Hauptabteilung VIII statt 34 842 750 zu legen . . . 35 542 750 RM. Summe der Ausgabe statt 650 000 zu legen . . . 1 600 000 RM. Landesanteil an der Gebäudesteuer für Zwecke des Kleinwohnungsbau . . . 950 000 RM. Summe der Einnahme statt 650 000 . . . 1 600 000 RM.

Das Plenum stimmte diesem Antrage mit allen Stimmen bei 2 Enthaltungen zu und nahm hierauf den ganzen II. Nachtrag mit allen gegen 2 Stimmen (Kommunisten) an.

Im Anschluß hieran wurde das Finanzgesetz erledigt. Recte heißt es: Gesetz über die Regelung des Staatshaushaltes für die Jahre 1924 und 1925. Dr. Glosner von der demokratischen Fraktion erstattete den Bericht des Haushaltsauschusses. Nach dem vom Landtag genehmigten II. Nachtrag beträgt jetzt die Gesamtsumme der Ausgabe im ordentlichen Etat für 1924 und 1925 jährlich 32 300 630 R.-M. und im außerordentlichen Etat für die beiden Jahre zusammen 19 854 150 R.-M. Die Gesamtsumme der Einnahme beläuft sich im ordentlichen Etat für 1924 und 1925 jährlich auf 39 249 400 R.-M. und im außerordentlichen Etat für die beiden Jahre zusammen auf 2 463 150 R.-M. Somit ergibt sich im ordentlichen Etat ein Mehrbetrag der Einnahme für die beiden Jahre zusammen von 13 807 540 R.-M. und im außerordentlichen Etat ein Mehrbetrag der Ausgabe von 17 391 000 R.-M. und im ganzen also eine Mehrausgabe von 3 493 460 R.-M. Infolge dieser Mehrausgabe erhöht sich der im Finanzgesetz vom 8. August 1924 auf 4 017 150 R.-M. berechnete

ungedeckter Fehlbetrag auf 7 510 610 R.-M.

Ueber die Deckung dieses Fehlbetrages muß später Beschluß gefaßt werden, wenn und soweit er nicht im Laufe der Haushaltsperiode durch Einnahmeerlöse erwirtschaftet werden kann. Die verfügbaren Mittel des unlaufenden Betriebsfonds auf 31. März 1925 reichen dazu nicht aus. Nach einem Beschluß des Haushaltsauschusses soll dem Finanzgesetz noch der Satz zugefügt werden: „Von den festgestellten Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb werden nur sieben Viertel erhoben.“ In der Aussprache wünschte der Abgeordnete Dr. Mattes von der Deutschen (liberalen) Volkspartei bessere Arbeit im Etat. Dieser solle mehr Erläuterungen enthalten und nicht so viele Posten zusammenfassen, damit er auch für den Laien besser verständlich werde. Wahrscheinlich werden 1926 keine Ueberträge mehr erwirtschaftet werden können, daher werde der kommende Landtag eine viel schwierige finanzielle Aufgabe zu lösen haben, als der gegenwärtige. Das werde das Erbe des alten Landtags sein. Nun wurde das Finanzgesetz in erster und zweiter Lesung mit allen gegen zwei Stimmen (Kommunisten) angenommen.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Schmidt-Bretten, seine Fraktion habe infolge der Umstellung der Tagesordnung ihre förmliche Anfrage über den Hagenstiehl-Prozess nicht begründen können.

Präsident Dr. Baumgartner teilte mit, daß der Ausschuss der Vertrauensmänner die Vertagung des Landtags bis zum Herbst beschließen habe. Dann werden auch die unerledigten Gegenstände, nämlich die Vorlage über das Lehrerbildungsgesetz und andere dringliche Gegenstände, behandelt werden. Der Zeitpunkt der nächsten Plenarsitzung sei allerdings heute noch ungewiß. Der Präsident dankte allen herzlich für die im Plenum und in den Ausschüssen geleistete Arbeit, die vielfach bis in die tiefe Nacht hinein gedauert habe. Die Ruhepause haben die Volksboten wohl verdient; er wünsche ihnen gute Erholung. Der Sozialdemokrat Rieder dankte dem Präsidenten für die objektive Geschäftsführung, worauf dieser den Dank auf seine Mitarbeiter, die Vorsitzenden der Ausschüsse usw. ausdehnte und die Sitzung schloß.

ningen wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ernennungen - Versetzungen - Zurufetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Ministerium der Finanzen. Fortabteilung. Ernannt: Forstassessor Herbert Reich beim Forstamt Waldkirch zum 2. Beamten der Forstverwaltung mit der Amtsbezeichnung „Oberförster“. Gestorben: Josef Kimig, Professor am Realgymnasium mit Nealschule in Weinheim.

Personalveränderungen im Bereich der Unterrichtsverwaltung.

Die Neubesetzung von neun Direktorenstellen im höheren Schulwesen ist vom Staatsministerium vollzogen worden, und zwar wurden ernannt zum Direktor: Höhere Mädchenschule (Elisabethenschule) in Mannheim Prof. Karl Bühn; Höhere Mädchenschule in Heidelberg Prof. Dr. Kurt Jaki; Oberrealschule in Heidelberg Prof. Fridolin Sieferer; Höh. Mädchenschule (Ziethenschule) Karlsruhe Prof. Dr. Herm. Franz; Oberrealschule Pforzheim Dir. Philipp Pfeifer; Höh. Mädchenschule Pforzheim Prof. Dr. Eugen Thomaz; Rottend-Oberrealschule in Freiburg Direktor Dr. Albert Rühmüller; Gymnasium in Konstanz Prof. Max Weber; Mitglied des Landtags.

Im Bereich des Volksschulwesens haben gleichzeitig die folgenden Beförderungen stattgefunden: Schulpfpector Karl Merk zum Kreisinspektor in Stodach; Hauptlehrer Oskar Hofmann zum Schulpfpector beim Kreisinspektoramt Freiburg; Hauptlehrer Josef Strobel zum Schulpfpector beim Kreisinspektoramt Heidelberg (Schulpfektion Mannheim) und Hauptlehrer Friedr. Käubin zum Schulpfpector beim Kreisinspektoramt Offenburg.

Die Volksnahrung

kann noch so einfach sein, aber sie muss die zur Lebensführung wichtigen Nährstoffe enthalten. Selbst im einfachsten Haushalte können Sie nicht ohne das blütenweisse Mondamin auskommen, weil es die für den Körper so unentbehrlichen Kohlehydrate enthält. Deshalb ist Mondamin nicht nur ein Nahrungsmittel für Kinder und Greise, für Kranke, sondern auch für den gesündesten Körper. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit verwendet die denkende Hausfrau deshalb









Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt am Main, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Verkehr an der heutigen Abendbörse war lebhafter als seit längerer Zeit. Die freundliche Stimmung blieb vorherrschend, sodass die Kurse auf allen Gebieten eine weitere, teilweise ansehnliche Beseitigung erzielten. Die Meldung, dass der Verkauf des Stinnes'schen Aktienpakets der Stinnes-Nieder-Montan A.-G. in die Badische Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigshafen nunmehr zustande gekommen ist, hinterließ einen vorzüglichen Eindruck und wirkte vornehmlich auf den Markt der chemischen Werte weiter stimulierend, an deren Spitze die Badische Anilin mit einem neuen Gewinn von 1,5 Prozent stand. Auch die anderen chemischen Werte zogen im Kurse erheblich an. Die Anregung übertrug sich dann auf die anderen Märkte, wo sich ebenfalls Rückläufe zu weiteren gebesserten Kursen vollzogen. Am Montanmarkt wurden Stinnes-Nieder im Einflang mit der vorerwähnten Meldung plus 2 Prozent. Elektrische Werte lagen höher. Der deutsche Anleihemarkt war vernachlässigt. Die Abendbörse schloss lebhaft und fest.

Deutsche Anleihen: 5prozentige Reichsanleihe 92, Bankaktien: Berliner Handelsgesellschaft 126,5, Commerzbank 23,5, Deutsche Bank 115,12, Diskontogesellschaft 103, Dresdener 100, Metallbank 77, Reichsbank 129,5, Osterr. Kreditaktien 77,0, Montanaktien: Buderus 42, Gelsenkirchen 50, Phönix 67,25, Rheinmetall 54,25, Stinnes-Nieder 77, Kali Werra 120, Kali Westfalen 130, Chemische Aktien: Badische Anilin 123,51, Anilin 116,75, Chemische Griesheim 116,61, Elberfelder Farben 116,25, Höpfer Farben 116,62, Holzverlebung 5,1, Transportaktien: Sapag 49, Industrieaktien: A. E. G. 24,75, Adlerwerke 51, Licht u. Kraft 90, Krauß Lokomotiven 34, Lahmeyer 70, Schudert 55,75, Siemens Halske 74, Wagg u. Freitag 71, Zellstoff Waldhof 9, Zuckerfabrik Stuttgart 63,87.

Mannheimer Börse.

Mannheim, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) An der heutigen Börse notierten bei etwas befeigter Tendenz: Badische Anilin 122, Württembergische Transportversicherung 25, Seifenindustrie Wolf 45, Germania Linoleum 133, Karlsruher Maschinen 30, Metz 50, Wagg u. Freitag 70, Zellstoff Waldhof 84, Westereisen 130, Zuckerfabrik Waghäusel 58.

Drahtmeldungen.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Industriebeziehungen? Paris, 7. August. In Paris verlautet gerüchteleise, dass die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie Mitte September wieder aufgenommen werden sollen. Die deutschen Delegierten hätten verabschiedet, am 28. Juli in Paris zur Besprechung einzutreffen, müssten dann aber aus technischen Gründen ihr Fernbleiben entschuldigen.

Die Niederlassung der Schuhfabrik Josef Neudeck in Mannheim.

Die Niederlassung der Schuhfabrik Josef Neudeck in Mannheim ist nach Mauer bei Heidelberg verlegt worden.

Das in Zahlungsschwierigkeiten geratene Stuttgarter Privatbankhaus L. Wittmann u. Co., Kommandit-Gesellschaft gibt bekannt, dass es sein Kontokorrentgeschäft alsbald einstellt und nach Aufhebung seiner Beziehungen zu verschiedenen industriellen Unternehmungen seine Liquidation in die Wege leiten wird.

Zu der Angelegenheit des früheren Prokuristen der J. A. Waffel u. Co. in München, Otto Hugo v. Waffel, wird gemeldet, dass die Großbanken gehören, bereits ein Arrangement getroffen haben, welches die Firma in die Lage versetzt, ihren Betrieb ohne Störung durch die Operation ihres früheren Prokuristen weiterzuführen. Je demnach hat der Platz München nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge eine Entfaltung seiner Wirtschaft als Folge der Vorgänge bei der Firma J. A. Waffel u. Co. nicht zu befürchten.

In der o. G.-B. der Sittens-Verlagsanstalt A.-G. in München am 28. August wird auch die Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien, sowie die Erhöhung des A.-R. von 500 000 RM. auf 800 000 RM. beantragt.

Auf der Friedrich Alfredhütte (Krupp) wurde ein weiterer Hochofen stillgelegt, wodurch über 100 Mann der Belegschaft gekündigt werden mußte. Es sind nur noch 4 Hochöfen im Betrieb. Man beachtet, daß noch weitere Betriebseinsparungen erfolgen müssen.

In der Gewerkschaft Braunsfeld-Werke wurde der mit einem Bestand von 175 000 RM. schließende Jahresabschluss genehmigt. Die Produktion nahm im Jahre 1924 nicht den gewünschten Umfang an.

Die heutige a. o. G.-B. der Allgemeinen Mittelstandsbank in Mannheim, die bekanntlich seit Mai v. J. unter Geschäftsaufsicht steht, hat die Liquidation der Gesellschaft.

Das bisher dem Stinnes-Konzern gehörende Aktienpaket der Rhein-Montan-Werke ist von einem Konsortium übernommen worden, beteiligt hat die Badische Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigshafen. Der Erwerbspreis soll über dem Tageskurs liegen. Die Übernahme, wonach mit der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik ausstehende Verbindlichkeiten zur Übernahme der Stinnes-Nieder-Montan-Werke übertragen werden, ist auch die Majorität der Hugo Stinnes-Verwaltungsgesellschaft, welche seiner Zeit aus dem Aktienpaket der Rhein-Montan-Werke mit der A. P. und der Hugo Stinnes-Verwaltungsgesellschaft m. b. H. entstanden ist, in den Besitz der Hugo Stinnes-Verwaltungsgesellschaft an der letzteren ist wie gemeldet von einem Konsortium unter Führung der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik übernommen worden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Die Rheinische Sittenswerke A.-G. ist wegen umfangreicher Resten auf 10 Tage stillgelegt. Auf Grund dieser Resten sind 350 Mann zwecks Einschränkung des Betriebes nur teilweise auf außer Betrieb befindlichen Maschinen drei wochenlang in Betrieb genommen werden.

Zur Lage des Ruhrbergbaues.

Eine Denkschrift der Arbeitgeber im Ruhrbergbau.

Der Verein für die bergbäuerlichen Interessen-Zechnenverband, hat eine Denkschrift zur Lage des Ruhrbergbaues an den Reichskanzler gerichtet, der die augenblickliche Krise im Ruhrbergbau zunächst als eine Folge der Weltkohlenkrise bezeichnet, deren Ende nicht abzusehen sei. In fast allen Kohlenländern sei die Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaues außerordentlich gewachsen, während gleichzeitig die Aufnahmefähigkeit für Kohle nachgelassen habe. Die Zukunftsaussichten seien äußerst schlecht. Diese Aussicht muß, so heißt es in der Denkschrift, die wir im Auszug wiedergeben, weiter, um so bedenklicher stimmen, als unsere planmäßig gesteigerte Ausfuhr nur noch zu Preisen möglich ist, die schon jetzt die Beileistung vor die Frage stellen, ob die Aufrechterhaltung des heutigen Auslandsabfahes unter diesen Opfern noch wirtschaftlich richtig ist. Wenn uns der

Auslandsabfah bisher nur große Verluste gebracht hat, so stellt sich der Inlandmarkt noch viel trauriger dar. Der Abfah geht zurück und zwar nicht nur der Synthetisabfah, sondern auch der Hüttenelbstverbrauch, das beste Zeichen dafür, daß die Verschlechterung ihren Grund in der allgemeinen Wirtschaftslage hat.

Der ganze Produktionsprozeß ist verneuert. Mit dieser Verneuerung steht das geschwächte und zerrüttete deutsche Wirtschaftsleben vor der Aufgabe, sich den Platz auf dem Weltmarkt gegen stärkere und weniger belastete Wirtschaften anderer Länder wieder zu erobern und Gewinne zu erzielen, die den Inlandmarkt wieder kaufkräftiger machen. Die schwierige Lage des Ruhrbergbaues wird im einzelnen verdeutlicht durch eine

Uebersicht über seine Entwicklung

in der ersten Hälfte 1925. Die arbeitstägliche Förderung ist von 378 614 Tonnen im Januar auf 331 855 Tonnen im Juni oder um 12,35 Proz. zurückgegangen. Noch ungünstiger hat sich die Britische Produktion entwickelt, während die Kolserzeugung erst im Juni einen stärkeren Abfall zeigt. Ebenso unerfreulich ist die Gestaltung, welche der Abfah genommen hat, indem er von 320 497 Tonnen im arbeitstäglichen Durchschnitt des Januar auf 284 947 Tonnen im Mai zurückging. Bereits Ende des Jahres erreichen die Bestände von Zechnen und Syndikat zusammen die gewaltige Höhe von rund 6,5 Millionen Tonnen. Im Verlaufe dieses Jahres hat sich die Zunahme der Bestände nicht mehr im gleichen Maße fortsetzen können, weil die Zechnen

allmählich am Ende ihrer Finanzkraft

angelangt waren. Immerhin ergibt sich seit Januar noch eine weitere erhebliche Zunahme der Lagermengen der Zechnen und Syndikat in dem Maße, daß sie Ende Juni d. J. einen Umfang von rund 9,4 Mill. Tonnen erreicht haben, was etwa der größten Monatsförderung entspricht, die bisher in der Geschichte des rheinisch-westfälischen Bergbaues zu verzeichnen gemessen ist. Daß eine derartige, nur unter dem äußersten Zwang der Not betriebene Wirtschaftsführung auf die Dauer unmöglich aufrechterhalten werden kann, liegt auf der Hand. Unter den geschilderten Umständen blieb schließlich den Zechnen nichts anderes übrig, als

durch Einlegung von Forderungen eine Minderung der Förderung

herbeizuführen, um damit etwas Luft zu gewinnen. Während im Januar wegen Abfahmangels nur 183 000 Forderungen eingelegt waren, erhöhte sich deren Zahl im Februar auf 661 000 und hielt sich im März annähernd auf dieser Höhe. Von da ab geht die Zahl der Forderungen zurück. Es wäre jedoch falsch, daraus eine Besserung der Lage abzuleiten. Die Zechnen konnten vielmehr mit dem Mittel der Forderungen nicht mehr auskommen und mußten zu schärferen Maßnahmen übergehen, wie Beschränkung des Abbaus auf bessere Klöße, Zusammenlegung der Betriebe zum Zwecke einer erhöhten Wirtschaftlichkeit, Stilllegung von Betriebsstellen und schließlich auch von ganzen Anlagen. Im ganzen hat sich die Belegschaft von 472 605 Mann im Jan. auf 436 493 Ende Juni vermindert, mithin in 5 Monaten um rund 36 000 Mann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Vorgang

der Zechnenstilllegungen noch nicht als abgeschlossen zu betrachten ist. Es liegt noch ein Zuviel an Arbeitern von 19 000 vor. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß im Laufe des Monats Juli weitere Entlassungen stattgefunden haben; auch die Zahl der freiwillig von den Zechnen abgetretenen Leute dürfte nicht gering sein.

Von wesentlichem Einfluß auf die wirtschaftliche Notlage des Ruhrbergbaues ist die außerordentlich hohe steuerliche Belastung, die im besetzten Gebiet durch die sogenannten inneren Sanktionen (15proz. Gehaltszulage für die Kommunalbeamten, Nicht-Einführung der Abbaupermission für die Gemeinden) noch erheblich stärker ist als im übrigen Deutschland. Es muß ein energischer Abbau der unerträglichen Steuerlast erfolgen. Die Finanzpolitik von Reich, Ländern und Gemeinden hat in ganz anderer Weise als bisher auf die Notlage der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen. Die Ausgaben haben sich den heutigen Wirtschaftslage entsprechend verminderten Einnahmemöglichkeiten anzupassen.

Eine der wesentlichsten Ursachen für den Mangel an Abfah erblicken wir nach wie vor auch in der Tarifpolitik der Eisenbahn. Die sozialen Lasten des Ruhrbergbaues erfordern gleichfalls eine besondere Betrachtung. Zusammen belaufen sich die Ausgaben für die Zwecke der sozialen Versicherung nach dem derzeitigen Stande auf mehr als 200 Millionen Mark.

Zu dieser Summe kommen noch 10 bis 13 Millionen Mark für die Arbeitslosenversicherung und sonstige Kosten. Als Mittel, die den Bergwerksbesitzern zur Verfügung stehen, um die Selbstkosten herab zu mindern, nennt die Denkschrift die Mechanisierung des Betriebes, die eine Erhöhung des Förderanteils und damit bei gleichbleibenden Löhnen eine Verminderung der Lohnkosten je Tonne bewirkt, die

Verlängerung der Schichtzeit und die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit.

Aber nicht die Belegschaft des Ruhrrevieres allein, sondern die gesamte deutsche Arbeiter- und Beamtenschaft muß sich zu diesem Opfer bereitfinden. Denn es geht darum, die Selbstkosten aufgrund der Lage allerthalben zu senken, um die drohende, vollständige Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens hinauszuhalten und seinen Wiederaufstieg zu ermöglichen. Ferner muß Schluß gemacht werden mit dem System, nach dem Streitfragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die in gemeinsamen Verhandlungen der beiden Parteien ihre Lösung nicht finden, durch das staatlich geregelte Schlichtungsverfahren zu entscheiden sind.

Zum Schluß macht die Eingabe noch darauf aufmerksam, daß der Landesbericht bekanntlich auf der wirtschaftlichen Grundlage Deutschlands der Vorkriegszeit aufgebaut ist. Es sei seitens der Wirtschaft vor Annahme der betreffenden Gesetze mit allem Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß die Wirtschaft dem Londoner Abkommen nur zustimmen könne, wenn in der Folgezeit die Voraussetzungen geschaffen würden, die das Tragen der ungeheuren Lasten ermöglichten. Nach dieser Richtung ist bisher nichts geschehen, und alle Hinweise der Wirtschaft auf die dringende Notwendigkeit zur Schaffung der Voraussetzungen für die Tragung der übernommenen Verpflichtungen seien unbeachtet geblieben.

„Wir haben“, so schließt die Denkschrift, „deshalb das Reichswirtschaftsministerium als die verantwortliche Stelle für den Gang der Wirtschaft im Reich gebeten, umgehend die erforderlichen Schritte zu tun und vor allem unsern Bergbau, die Grundlage des Wirtschaftslebens, von dem der Anstoß zu einer Wiederbelebung des deutschen Marktes auszugehen hätte, in seinen Bemühungen zu unterstützen um Ermäßigung der gegenwärtigen Steuerlast, Herabsetzung der Kohlensteuern, Abbau der sozialen Lasten auf ein tragbares Maß, Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit, Beseitigung des Zwangsabfahwesens.“

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat nach Vattermeldungen die Ausführung des großen Brückenbaues im Hamburger Freihafen der Christoph und Unna A.-G. in Neßy übertragen. Allein der Preis für die Entwurfsarbeiten dieser neuen großen Elbebrücke soll 1 Million betragen.

Die seit 20 Jahren bestehende Damenkonfektionsfirma Chemann u. Co. in Berlin hat lt. „Konfektionär“ Geschäftsaussicht beantragt. Die Resten belaufen sich auf 200 000 RM.

Die wir erfahren, sind in Besarabien infolge vom Futtermangel die Viehpreise stark gesunken. Die Bauern geben ihr Vieh zu wahren Spottpreisen her, um es überhaupt nur los zu werden. Da die Kosten des Exports verhältnismäßig gering sind, würde sich für deutsche Viehimporteure die Reise nach Besarabien lohnen.

Die heutige G.-B. der Waggonfabrik Steinmuth A.-G. in Königsberg genehmigte den bis Ende des Jahres 1925 geltenden Belegschaft mit einer gegen das Vorjahr um 15 Prozent vermehrten Belegschaft und ohne erhebliche Bankschulden.

Banken und Geldwesen.

o. Badische Bank in Mannheim. Nach dem Ausweis vom 31. Juli 1925 betragen in Millionen Mark: Goldbestand 8,12 (23. Juli 8,12), Verfügungsfähige Devisen 2,74 (2,98), sonstige Wechsel und Schecks 67,04 (66,51), sonstige Aktiva 11,58 (15,81). Andererseits erscheinen umfangreiche Notizen mit 26,86 (26,58), sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten mit 17,72 (22,28), an eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten mit 22,82 (25,29).

o. Rheinische Hypothekendarlehenbank Mannheim. Auf Antrag der Distrikto-Gesellschaft und der Deutschen Bank in Berlin sind 13 Millionen G.M. 5prozentige auf den Inhaber lautenden Goldpfandbriefe, nicht vor dem 1. Januar 1927 rückzahlbar, zum Handel und zur Notierung an der Berliner Börse zugelassen worden.

o. 5prozentige Kohlenrentanleihe der Großkraftwerke Mannheim A.-G. Von 150 000 Tonnen sind nach mehrmaliger Fristverlängerung zuletzt bis 15. April 1925 gemäß den Anleihebedingungen 48 176 Tonnen in RM.-Stücke umgetauscht und diese neu zum Handel und zur Notierung an der Berliner Börse zugelassen worden.

Rheinische Garantbank, Reaktionsversicherungs-A.-G. Mainz. Die o. G.-B. genehmigte den Abschluß für 1924 und erteilte dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung. Aus dem Reingewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr, das vom 1. Mai 1924 bis 31. Dezember 1924 dauerte in Höhe von 10 457 RM. wird eine Dividende von 5 Prozent verteilt. Die schon früher beschlossene Kapitalerhöhung von 600 000 RM. auf 1 Mill. RM. wurde in den ersten Monaten des Jahres 1925 durchgeführt. Die Liquidation der Rheinischen Handelsbank. Der dänische Kollekting hat die vorläufige Anordnung für die Liquidation der Rheinischen Handelsbank, die zu Pfingsten ihre Zahlungen eingestellt hat, bekräftigt. Gleichzeitig wurde die Einlegung eines Paragrafenbeschlusses beschlossen, der die Ursachen des Zusammenbruchs der Bank und die Möglichkeit einer Wiedereröffnung untersucht wird. Rücktritt des Präsidenten der polnischen Staatsbank. Die War-

schauer Presse meldet, daß im Zusammenhang mit dem Sturz der Präsidenten der Bank Polsty zurückzutreten gedenkt.

Starkes Kapitalabfließen im Ausland. Ein Bericht der Handelsattachés an der britischen Gesandtschaft in Rom gibt hierüber interessante Einzelheiten. Außer der italienischen Quote an der ungarischen Wiederaufbau-Anleihe und der deutschen Dawes-Anleihe haben englische Banken bedeutende Summen im Ausland investiert. Die wichtigste Anleihe sind die 400 Millionen Lire, welche die Banca Commerciale an Polen gegeben hat und die vom italienischen Markt leicht aufgenommen wurde. Eine Mailänder Bankengruppe hat einer Baugesellschaft in Belgrad eine Anleihe gewährt. Seit einiger Zeit wird über eine Anleihe an Jugoslawien erfolgreich verhandelt, doch ist noch kein endgültiger Abschluß erfolgt. Von italienischen Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen werden erwähnt: eine Interessennahme an der Banca Zao-Magjara in Foresta, einem Holzkongern in der Tschechoslowakei mit großen Interessen in Oesterreich, Jugoslawien und Rumänien; an der Stewar, einem hydroelektrischen Unternehmen in der Steiermark, an dem die italienische Beteiligung bis zu 100 Millionen Lire betragen soll. In die Baumwollfirma Posnanski in Lodz sollen 800 000 Dollar im November vorigen Jahres gegeben worden sein. 10 Millionen Lire soll die Banca Commerciale der polnischen Regierung für eine Beteiligung an den polnischen Staats-Kohlenminen in Kibit gegeben haben. Weitere Beteiligungen liegen vor an den Zettkohlenminen von Selenha in Albanien und einigen kleineren Kupferminen Albanien, an Desinteressen in mährisch Ostrau (Tschechoslowakei) und landwirtschaftliche Konzeptionen in Kasan (Rußland). Außerdem wurde von Kohlen-Konzeptionen in Georgien und Desinteressen in Albanien gesprochen. Im Juli wurde eine Banca Stalo-Orientale in Mailand mit 6 Mill. Lire gegründet, die in Konstantinopel arbeiten soll. Eine Statistik des italienischen Besizes an ausländischen Wertpapieren stellt fest, daß in der Zeit 1909/10 bis 1914/15 für 350,2 Mill. Lire ausländische Wertpapiere Stempelabgaben gezahlt worden sind. Für die Zeit 1915/16 bis 1922/23 wurden Abgaben gezahlt auf einen Betrag von 532 Mill. Da Italien ein relativ kapitalarmes Land ist, wird die ausländische Beteiligung stark kritisiert.

Neubildung des Diamantfondats. Das Diamantfundat, das bekanntlich den Diamantenmarkt ausschließlich beherrschte, ist vor längerer Zeit durch Ausschließen einer Gruppe unter Führung der Anglo-American-Corporation gestrenzt worden. Nach längeren Verhandlungen scheinen sich die beiden Parteien jetzt wieder einigt zu haben. Wie englische Blätter melden, ist ein neues Syndikat mit amerikanischem und britischem Kapital gegründet worden. Danach würden die hauptsächlichsten Diamantkäufer in Zukunft aus einer Vereinigung bestehen, in der vertreten sind: Anglo-American-Corporation, Messrs. Barnato Brod und Messrs. Dunnis-Buller, T. B. Morgan u. Co. in New York sollen ebenfalls beteiligt sein, doch ist das offiziell demontiert worden. Beim Anlauf der Produktion der Anglo Diamond Corporation arbeiten die Anglo-American-Corporation und Barnato Brod schon zusammen.

Deutsche Klaviere in Australien. Wie ein Vertreter der australischen Pianoindustrie vor dem Zolltarifausschuß in Melbourne angab, hat Deutschland seit Aufhebung des Einfuhrverbotes im Jahre 1922 sich 46 1/2 Prozent des Gesamtabfahes von Klaviere in Australien erobert.

Pianos-Harmoniums erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen, KARL LANG Kaiserstraße 167/I Telefon 1073. Salamander-Schulhaus



